



Der erste europäische Bürgergipfel fordert umfassende Aktionen zur wirtschaftlichen und sozialen Zukunft Europas

Ein 24-jähriger Versandleiter aus der Steiermark, eine 66-jährige Pensionistin aus Niederösterreich und weitere drei österreichische Bürgerinnen und Bürger nahmen gemeinsam mit 150 Bürgerinnen und Bürgern aus der gesamten Europäischen Union am 10. und 11. Mai 2009 am Europäischen Bürgergipfel in Brüssel teil.

Die österreichischen Bürgerinnen und Bürger brachten sich beim Bürgergipfel, dem Höhepunkt eines einzigartigen pan-europäischen Bürgerbeteiligungsprojektes – den Europäischen Bürgerkonferenzen – aktiv in die Debatte zur wirtschaftlichen und sozialen Zukunft Europas ein. Sie diskutierten ihre Anliegen an die Europäische Union und erarbeiteten Empfehlungen zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen Europas.

Die Bürgerinnen und Bürger übergaben ihre Empfehlungen am 11. Mai – kurz vor den Europawahlen im Juni – wichtigen europäischen Entscheidungsträger/innen. Gefordert werden Aktionen zur Reduktion der globalen Erwärmung und zur Stärkung der erneuerbaren Energie. Zudem sollen Bemühungen unternommen werden, ein gemeinsames europaweites Gesundheitssystem zu entwickeln, die Arbeitsbedingungen europaweit zu harmonisieren und Anreize zu schaffen, um die Abwanderung der Produktion in Niedriglohnländer außerhalb Europas zu verhindern. Soziale Ungleichheiten sollen bekämpft und Sozialversicherungs- und Wohlfahrtssysteme europaweit angeglichen, Schul- und Berufsausbildungssysteme harmonisiert werden. Die Bürgerinnen und Bürger fordern darüber hinaus Aktionen zur Regulierung der Finanzmärkte, die Stärkung des Verbraucherschutzes, eine engere Kooperation der Mitgliedstaaten im Kampf gegen Kriminalität und Maßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft wie biologischen Landbau. Es sollten Schritte unternommen werden um die Rechenschaftspflicht von europäischen Politiker/innen und Beamten zu erhöhen und ihre Aktivitäten transparenter zu machen und die EU sollte mehr Verantwortung im Umgang mit illegaler Einwanderung übernehmen.

Die Forderung nach der Regulierung der Finanzmärkte war auch in Österreich eine der zehn zentralen Empfehlungen, die die Bürgerinnen und Bürger im März in Wien aufstellten. Österreichische Empfehlungen zur Stärkung der Nachhaltigkeit im Bereich der Landwirtschaft als auch der Energiepolitik finden sich in den europaweiten Empfehlungen ebenfalls wieder.

Die fünf österreichischen Bürgerinnen und Bürger, die aus den 43 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerkonferenz in Österreich ausgewählt waren, hatten nach der Diskussion der Empfehlungen, die aus dem europaweiten Diskussions- und Abstimmungsprozess entstanden sind, die einmalige Gelegenheit dazu Fragen an die wichtigsten europäischen Entscheidungsträger/innen zu stellen. Anwesend waren der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans Gert Pöttering und der Präsident der

Europäische Kommission, José Manuel Barroso sowie die Präsidentinnen und Präsidenten der wichtigsten europäischen politischen Parteien.

Der Bürgergipfel in Brüssel war der Höhepunkt der ersten Phase der Europäischen Bürgerkonferenzen 2009, die bereits im Dezember 2008 mit der Möglichkeit, sich an 27 nationalen öffentlichen Online-Debatten zur Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Zukunft Europas zu beteiligen, startete. Die 27 Online-Foren wurden europaweit von rund 250.000 Bürgerinnen und Bürgern genutzt. Die Ideen und Vorschläge, die online eingebracht wurden flossen in die 27 nationalen Bürgerkonferenzen im März ein. Bei den 27 Bürgerkonferenzen wurden je zehn Empfehlungen von, nach dem Zufallsprinzip und entsprechend der demographischen Zusammensetzung der Bevölkerung des jeweiligen Landes ausgewählte Bürgerinnen und Bürgern, erarbeitet und abgestimmt. Im April wurden in einem europaweiten Abstimmungsprozess von rund 1600 Teilnehmer/innen der nationalen Konferenzen europaweit 15 Empfehlungen ausgewählt und schließlich beim Bürgergipfel präsentiert.

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans Gert Pöttering, kommentierte dieses einzigartige ambitionierte Bürgerbeteiligungsprojekt in dem er anmerkte: „Etwas weniger als einen Monat vor den Wahlen zum Europaparlament im Juni 2009 leisten die Europäischen Bürgerkonferenzen in allen 27 Mitgliedstaaten einen wichtigen Beitrag zur Information aller Wählerinnen und Wähler über die wichtige Rolle der EU. Über 100 Abgeordnete zum Europäischen Parlament beteiligten sich an den Diskussionen der Empfehlungen. Ich bin sicher, dass der direkte Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, dass die Gesetzgeber mehr darüber erfahren, welche Anliegen für die Bürgerinnen und Bürgern zentral sind und die Abgeordneten diese Anliegen aufnehmen sowie Bürgerinnen und Bürger mehr darüber informieren werden, was das Europäische Parlament für sie tun kann.“

Auch der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, bestätigte dies und meinte: „Die Europäischen Bürgerkonferenzen bieten eine einmalige Gelegenheit für die breite Öffentlichkeit ihre Anliegen und Ideen miteinander und mit politischen Entscheidungsträger/innen zu diskutieren. Sie sind informativ und bereichern die Debatte darüber, wie die Politik gestaltet sein soll um effektiv mit den Herausforderungen, vor denen wir stehen, umgehen zu können - und dies zusätzlich zu den Informationen die wir aus Meinungsumfragen und von Beratungen mit Interessengruppen erhalten.“

Anmerkung:

Die Europäischen Bürgerkonferenzen (European Citizens' Consultations) werden von einem Konsortium von über 40 europäischen Partnerorganisationen unter der Leitung der König-Baudouin-Stiftung (KBF) durchgeführt und von der Europäischen Kommission im Rahmen des Programms „Debate Europe“ gefördert. Ko-finanziert werden sie von der KBF, Compagnia di San Paolo, Robert-Bosch-Stiftung, ING und von Financiers auf nationaler Ebene.

Österreichischer Partner ist das Zentrum für Soziale Innovation (www.zsi.at) in Wien – eine eigenständige, politisch unabhängige und europaweit führende wissenschaftliche

Einrichtung für soziale Innovationen zur Förderung einer offenen und solidarischen Gesellschaft. Österreichischer Kooperationspartner für die Konferenz in Wien war der ORF mit Radio Österreich 1. Die österreichische Bürger/innenkonferenz stand unter der Schirmherrschaft von Frau Nationalratspräsidentin Maga. Barbara Prammer.

Die Europäischen Partnerorganisationen sind: European Movement International, European Policy Centre, European Journalism Centre and the European Citizen Action Service. Die Europäischen Bürgerkonferenzen wurden unter der Schirmherrschaft des Europäischen Parlaments organisiert.

Genau so wie sie Inhalte und Beiträge zur politischen Debatte kurz vor den Wahlen zum Europaparlament und zur Bewältigung der globalen wirtschaftlichen Krise liefern, bringen die Europäischen Bürgerkonferenzen 2009 rechtzeitig zum Zeitpunkt, wo die europäischen Institutionen die Arbeiten für die Nachfolge der Agenda von Lissabon für Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit nach 2010 in Angriff nehmen, einen relevanten Input für Entscheidungsträger/innen ein. Darüber hinaus sind Dialogveranstaltungen auf europäischer und regionaler Ebene im Herbst 2009 geplant, zu denen die neu gewählten Abgeordneten zum Europäischen Parlament eingeladen werden. Damit wird sichergestellt, dass die Ergebnisse der Bürgerdebatten breit weitergetragen werden.

Die umfassenden Ergebnisse der Europäischen Bürgerkonferenzen ergänzen die Informationen zu den üblichen Meinungsumfragen und Beratungsprozessen mit Interessensgruppen etc. Der endgültige Erfolg der Europäischen Bürgerkonferenzen kann aber erst daran gemessen werden, welchen Beitrag die Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger zur politischen Debatte liefern werden – insbesondere zur Gestaltung adäquater politischer Antworten auf die wichtigsten Herausforderungen, vor denen Europa derzeit steht.

Im Anhang finden Sie die Liste der 15 europäischen Empfehlungen, die von den Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet und abgestimmt wurden. Allgemeine Infos zu den Europäischen Bürgerkonferenzen finden Sie unter <http://www.european-citizens-consultations.eu>.

Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte:
ZSI – Zentrum für Soziale Innovation / www.zsi.at
Linke Wienzeile 246, 1150 Wien
Maga. Regina Brandstetter
Tel.: +43 1 4950442-55
e-mail: brandstetter@zsi.at

